

Willi Vollenweider
Mitglied des GGR der
Schweizerischen Volkspartei
Chamerstrasse 117
6300 Zug

Parlamentarischer Vorstoss GGR

Eingang : 28. FEBRUAR 2012

Bekanntgabe im GGR : 28. FEB. 2012

Überweisung im GGR : 20. MÄRZ 2012



Stadtkanzlei
Sekretariat des GGR
Stadthaus am Kolinplatz
6301 Zug

Zug, den 28. Februar 2012

Postulat „für mehr Transparenz im Zuger Asyl-Wesen“

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Im „Bewohner-Mix“ der Asyl-Unterkünfte im Kanton Zug befinden sich unbestritten Personen unterschiedlichster Herkunft, unterschiedlicher Motivation und mit äusserst unterschiedlichem Renitenz-, Aggressions- und Gewalt-Potential.

Für weite Teile der Zuger Bevölkerung ist das nun uns allen aufgezwungene Leben in einer unsicheren, fallweise aggressiv gewordenen Umgebung neu und ungewohnt. Hatten wir doch in Zug jahrhundertlang sogenannte „beschauliche“ Verhältnisse. Früher getrauten sich die Leute nachts noch auf die Strasse, auch allein. Viele Haustüren blieben in der guten alten Zeit unverschlossen, und es passierte kaum etwas.

Die Stadtverwaltung trägt mit ihrer bisherigen sehr zurückhaltenden Informations-Politik nicht gerade zur Beruhigung der Bevölkerung bei. Es bringt indes gar nichts, Informationen zu verheimlichen, an welchen die Bevölkerung ein berechtigtes Interesse hat. Ganz im Gegenteil: Je unsicherer die Informationslage ist, umso eher rechnen die Bewohner und Bewohnerinnen mit dem „worst case“ und verfolgen dann eigentliche „Survival-Strategien“.

Der Stadtrat wird hiermit aufgefordert,

1. Mit regelmässigen Bulletins über den aktuellen Belegungs-Mix der diversen Asyl-Unterkünfte auf dem Gebiet der Stadt Zug sowie über Zwischenfälle und Straftaten zu informieren, die ein polizeiliches Eingreifen notwendig machten.
2. Auf einer Website der Stadt Zug der Bevölkerung der Stadt Zug permanent wichtige Informationen über den Betrieb der diversen Asyl-Unterkünfte auf dem Gebiet der Stadt Zug darzustellen. Diese Informationen müssen so detailliert sein, dass die Bevölkerung selber eine Beurteilung des Gefährdungs- und Konflikt-Potentials vornehmen kann. Dazu gehören zumindest Angaben über Unterkunftsart, mutmassliche Herkunft mit Anzahl, Asyl-Status, Verhaltensauffälligkeiten, Ausgangs-Rayon, Ausgangs-Zeiten, Hotline-Nummern der Stadt und des Kantons.

Die Offenlegung dieser Informationen dürfte zu einer wesentlichen Beruhigung der Asyl-Diskussion in der Stadt Zug beitragen.

Mit freundlichen Grüssen

Willi Vollenweider